

Kriminologie, Gefängniswesen, Strafvollzug

● **Wolf Middendorff: Der politische Mord. Ein Beitrag zur historischen Kriminologie.** (Schriftenr. d. Bundeskriminalamtes. Jg. 1968. H. 1.) Wiesbaden: Bundeskriminalamt 1968. 223 S.

Der Autor versucht — als Beitrag zur historischen Kriminologie — neben die vorhandenen Schilderungen politischer Morde, die entweder politisch gefärbte Zweckdarstellungen oder im wissenschaftlichen Gewande um historische Wahrheit bemühte Wiedergaben der Vorgänge seien, eine neue Synthese zu stellen: Im ersten Teil wird eine Reihe von Attentaten in ihrem historischen Ablauf unter Berücksichtigung der geschichtlichen Zusammenhänge geschildert, im zweiten Teil wird auf kriminologische Zusammenhänge, insbesondere auch auf Persönlichkeit und Schicksal der Attentäter eingegangen. Der historische Teil enthält in 9 nach bestimmten Gesichtspunkten zusammengefaßten Kapiteln historische Einzeldarstellungen (z. B. „Kampf um die Freiheit“: Graf Baillet Latour, Dr. Friedrich Adler; — „Morde aus Balkan-Nationalismus“: u. a. Erzherzog Ferdinand von Österreich; — „Rechtsradikalismus nach 1918“: u. a. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Eisner, Erzberger, Rathenau; — „Kampf gegen den Nationalsozialismus“: David Frankfurter und Herschel Grünspar, Heydrich; — „Politische Morde in den USA“: u. a. Lincoln, Kennedy). Besondere Berücksichtigung finden die allgemeinen politischen Verhältnisse und die persönlichen Umstände von Tätern und Opfern. Im zweiten, kriminologischen Teil werden Tat und Täter des gemeinen und des politischen Mordes verglichen: Beim letzteren werde weit häufiger die Schußwaffe benutzt, würden Wurfbomben und Sprengstoff bevorzugt; entscheidend sei immer, daß die letzte Entfernung zwischen Täter und Opfer überbrückt werde. — Bei der Beurteilung politischer Morde würden als Rechtfertigungs- bzw. Entschuldigungsgründe insbesondere das „Recht zum Tyrannenmord“ und die Unzurechnungsfähigkeit diskutiert. Frühere Zeiten hätten den Tyrannenmord oft als rechtmäßig anerkannt und den Täter als Helden gefeiert; in der Neuzeit hätte sich die krasse Unterscheidung zwischen gemeinem und politischem Mord allmählich gemildert: Selbst nach gelungenen Revolutionen würden Täter politischer Morde zwar zunächst gefeiert, blieben meist jedoch unabhängig vom Wechsel des politischen Systems für ihr Leben gezeichnet. — Zur Tätersystematik wird ausgeführt, daß politische Morde meist von jüngeren, männlichen Tätern begangen würden. Drei Tätergruppen werden herausgestellt: Befehlsausführer, Täter, die sich zur gemeinsamen Durchführung zusammengefunden haben, und Einzelgänger. Die letzteren seien oft durch andere Morde auf den Gedanken zur Tatausführung gebracht worden; nicht selten handle es sich auch um „indirekten Selbstmord“ — der Täter morde, um hingerichtet zu werden. Die Berufssituation sei selten in Ordnung, familiäre Bindungen bestünden kaum, häufig seien die Täter Ausländer oder „Fremde“, im Gastland noch nicht heimisch Gewordene. Fanatismus, oft verbunden mit Intelligenzmängeln, seien häufig. Die Todesstrafe hätte noch nie abschreckend gewirkt. — In einem Anhang werden das Sozialverhalten und die Kriminalität der Gruppe sowie der „Mensch in seinem Widerspruch“, der „gemischte Charakter“ — also die sozial- und individualpsychologischen Aspekte des Themas — dargestellt. — Das Buch ist gut lesbar geschrieben; es bringt zwar vieles allgemein Bekanntes, das aber wegen der besonderen intentionalen Ausrichtung, unter der es hier dargestellt wird, erneut an Interesse zu gewinnen vermag.

SCHWEWE (Frankfurt)

Zelman Cowen: Balance in the law: the competing claims of free press and fair trial. (Gleichgewicht im Recht: die widerstreitenden Ansprüche von freier Presse und fairem Gerichtsverfahren.) [The Royal Australasian College of Physicians, Melbourne.] Med. J. Aust. 55 (II), 1148—1152 (1968).

Verf., australischer Jurist, war zur Zeit der Ermordung Präsident Kennedys und der nachfolgenden Ereignisse in den Vereinigten Staaten. Aus der Sicht des anglo-amerikanischen Rechts kritisiert er streng die Rolle der Presse in jener Zeit, insbesondere in ihrer Haltung während der Ermittlungen gegen den tatverdächtigen Lee Harvey Oswald. Das anglo-amerikanische Recht untersagt jegliche Einmischung der Presse in schwebende Gerichtsverfahren; Verstöße gegen die Grundregel werden mit erheblichen Freiheitsstrafen gegenüber den Redakteuren und hohen Geldstrafen gegenüber den Verlagen geahndet. Verf. führt einige Beispiele aus den letzten Jahrzehnten, insbesondere aus England, an. Eine unvorsichtige Äußerung eines britischen Ministers im Parlament, der einen Mordverdächtigen erwähnte, trug ihm heftige Vorwürfe ein. Die Forderung nach einem „fair trial“ ist stärker als das Verlangen nach Pressefreiheit. Das wird von den

Gerichten in zahlreichen, vom Verf. teilweise wörtlich zitierten Äußerungen unterstrichen. („Es darf nicht dazu kommen, daß das gerichtliche Verfahren durch ein Presseverfahren verdrängt wird, und wer dies doch unternimmt, muß dafür büßen.“) Die Rechtslage ist in Amerika im Hinblick auf den verfassungsrechtlichen Schutz der Pressefreiheit zwar minder einfach als in England, doch wird auch hier — allerdings teilweise gegen den Widerstand der Presse — durch die Rechtsprechung alles zu tun versucht, um eine Beeinflussung der Gerichte durch die Presse in schwebenden Verfahren zu verhindern. In Amerika erfolgt zwar in entsprechenden Fällen keine Bestrafung der Presseverantwortlichen, wohl aber die Aufhebung des Urteils durch die Rechtsmittelinstanz. Verf. knüpft hieran die kritische Bemerkung, daß in England die Presse verurteilt wird, an der etwaigen Beeinflussung des Gerichts und der Verurteilung des Angeklagten sich jedoch nichts ändert, während in Amerika zwar eine Bestrafung der Presse unterbleibt, dem Angeklagten jedoch rechtlicher Schutz gegen die Folgen der Einmischung der Presse gewährt wird. Die Ausführungen fordern zu einem Vergleich mit den deutschen Verhältnissen geradezu heraus.

HÄNDEL (Waldshut)

H. G. Keune: Der Arzt und das neue sozialistische Strafrecht. Beitrag zum Wahlthema Nr. 3 der obligatorischen peripheren Fortbildung 1968 für Ärzte. [Inst. f. Planung u. Organisat. d. Gesundheitsschutz., Berlin.] Z. ärztl. Fortbild. (Jena) 62, 1151—1161 (1968).

In der DDR ist mit Geltung vom 1. Juli 1969 das gesamte Straf- und Strafprozeßrecht mit der anhängenden Rechtsmaterie neu geregelt worden. Der Artikel gibt einen zwar gedrängten, aber ausführlichen Überblick über die neue Gesetzgebung. Neben der Darlegung der Grundprinzipien über die strafrechtliche Verantwortlichkeit, über das Verschulden und die Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit wird die Unterteilung der Straftaten beschrieben. Bei den Erläuterungen zu einzelnen ausgewählten Rechtsverletzungen geht Verf. auch auf Fragen ein, die für den Arzt eine große Bedeutung haben. Es sind das der ärztliche Heileingriff, der Kunstfehler, die ärztliche Schweigepflicht, die Pflicht zur Hilfeleistung usw. Der Artikel enthält eine umfangreiche Literaturübersicht.

VETTERLEIN (Jena)

Ellwyn R. Stoddard: The informal "code" of police deviancy: a group approach to "blue-coat crime". (Das ungeschriebene Gesetz („Code“) bei polizeilichen Dienstvergehen: Eine Gruppenstudie über die „Blue-Coat“-Verbrechen.) J. crim. Law Pol. Sci. 59, 201—213 (1968).

Auf den Aussagen eines beteiligten Polizeibeamten aufbauend, beschäftigt sich die soziologisch ausgerichtete Abhandlung mit bestimmten polizeilichen Fehlverhalten wie Sich-Herausnehmen kleinerer Vorrechte, Begünstigungen und regelrechte Bestechungen, die in Anlehnung an die White-Collar-Kriminalität (SUTHERLAND) als „blue coat-crimes“ bezeichnet werden. Der beruflich notwendige Kontakt zur Subkultur des Verbrechens kann einzelne Polizeibeamte aber nur dann infizieren, wenn sich aus unkorrekten Gepflogenheiten ein ungeschriebener „Code“ entwickelt hat, in den „oldtimers“ geeignet erscheinende jüngere Polizeibeamte einführen. Die Dienstvorschriften werden durch stillschweigende und geheim gehaltene Absprachen korrumpiert; Verstöße gegen diesen Codex der dienstlichen Unmoral führen zu Ausschlüssen oder dienstlichen Nachteilen. Nur Aufdeckung und öffentliche Mißbildung beseitigt die Wurzel dieses Gruppen Übels. — Der Autor warnt ausdrücklich vor Verallgemeinerungen.

WILLE (Kiel)

L. Pelz: Rechtliche Probleme bei Trägern von Chromosomenaberrationen und Patienten mit intersexuellen Fehlbildungen. [Univ.-Kinderklin., Rostock.] Dtsch. Gesundheits.-Wes. 23, 2335—2337 (1968).

Zivilrechtliche Probleme bei Trägern von Chromosomenaberrationen erwachsen zweifellos im wesentlichen aus den psychiatrisch bedeutungsvollen autosomalen und X-Polysomien; strafrechtlich werden nach Ansicht des Ref. Träger gonosomaler Y-Polysomien mehr und mehr an Interesse gewinnen. Aus ihrer kriminologischen Einordnung werden höchstwahrscheinlich grundsätzliche theoretische Konsequenzen nicht mehr zu übersehen sein. Der Autor diskutiert in einer knappen Übersicht solche Rechtsfragen, auch bezüglich intersexueller Fehlbildungen. Die Bedeutung des Aufsatzes liegt in der unausgesprochenen Aufforderung, die MEIXNER 1928 formuliert hat, „den Gesetzgeber bei der Schaffung des kommenden Rechts überall dort zu beraten, wo medizinisch-biologische Erkenntnisse und Einsichten zu berücksichtigen wären“.

HAFFERLAND (Rostock)

G. Gasca: In tema di azione criminogena della rappresentazione cinematografica della violenza. I. Effetti a breve e a lungo termine della soddisfazione simbolica degli impulsi aggressivi sul comportamento dissociale: catarsi e formazione di schemi di risposta. (Zur kriminogenen Wirkung von Gewalttätigkeiten zeigenden Filmen. I: Kurz- und langfristige Wirkungen der symbolischen Befriedigung aggressiver Impulse auf das dissoziale Verhalten.) [Ist. Antropol. Crim., Univ., Torino.] *Minerva med.* (Torino) 88, 187—192 (1968).

Die aggressiven Reaktionen, die unmittelbare Folge von Filmen mit entsprechendem Inhalt sein könnten, sind Gegenstand zahlreicher Untersuchungen gewesen. Die Ergebnisse, über die der Verf. zusammenfassend berichtet, waren nicht einheitlich. Identifikation mit dem Aggressiven und Stimulation der Aggressivität des Zuschauers werden von zahlreichen Autoren mitgeteilt, während andere eher eine ausgleichende Wirkung zu beobachten geglaubt haben. Abbau der Hemmungen gegen dissoziales Verhalten und Neigung zu aggressiven Handlungen sind erkennbar. Eigene Untersuchungen und Erkenntnisse werden nicht mitgeteilt. Die zusammengestellte Literatur, aus der berichtet wird, ist bis auf wenige italienische Quellen englischsprachig.

HÄNDEL (Waldshut)

J. Junger-Tas.: Problèmes de methodes dans la recherche criminologique. *Rev. Droit pénal Crimin.* 49, 19—28 (1968).

Horst Schüler-Springorum: Die Jugendkriminalrechtspflege im Lichte der kriminologischen Forschung. [14. Dtsch. Jugendgerichtstag, Braunschweig, 3. X. 1968.] *M Schr. Krim. Strafrechtsref.* 52, 1—16 (1969).

Überblick über die Zusammenhänge zwischen Jugendstrafrechtspflege und Kriminologie. Die Prognoseforschung wird kritisch beleuchtet, insbesondere werden die Schranken und Grenzen aufgezeigt, die den prognostischen Aussagen gesetzt sind; weiter wird auf die Gefahr hingewiesen, durch Prognosen zu stigmatisieren. Die Notwendigkeit, den Bedingungen sozialen Fehlverhaltens auf möglichst vielen Fährten gleichzeitig „multifaktoriell“ nachzugehen, wird unterstrichen, ebenso die Wichtigkeit der Behandlungsforschung und -wissenschaft. Begriff und Gegenstand der „Sozialisation“ werden erörtert. Zum Stand der Jugendkriminalrechtspflege wird über Erziehungsbeistandschaft, Bewährungshilfe, Gleichförmigkeit der Anordnung von Jugendarrest, Jugendstrafe und Ausgestaltung der jugendgerichtlichen Verhandlung berichtet und bedauert, daß es bisher nicht gelungen sei, die Jugendkriminalrechtspflege hinreichend vom strafrechtlichen Denken zu lösen. Jugendrichterliche Erkenntnisse orientieren sich in zunehmendem Maße wieder mehr am Tatschuldprinzip als am Erziehungsgedanken. Abschließend werden Reformgedanken vorgetragen, die im Original nachgelesen werden sollten.

HÄNDEL (Waldshut)

Günter Suttinger: Konfliktsituation und sozialabweichendes Verhalten bei Jugendlichen. *M Schr. Krim. Strafrechtsref.* 51, 241—254 (1968).

Echt kriminelles Verhalten ist nicht vorwiegend konfliktbedingt — eher „defektverursacht“. Die Statistik zeigt, daß die kriminelle Entwicklung hinter der gesellschaftlichen Entwicklung von Konfliktmöglichkeiten zurückgeblieben ist. Eine interessante Zunahme hat sich bei der Jugendkriminalität ergeben. Konflikte (der Autor unterscheidet zwischen neurotischen, puberalen und statusbedingten Konflikten) spielen gerade bei der Entwicklungskriminalität eine hervorragende Rolle. Die Frage der Konfliktgenese durch die Gesellschaftsstruktur und Gesellschaftsumstrukturierung unserer Zeit wird auf diese Weise besonders bei frustrationsintoleranten Jugendlichen bedeutungsvoll. Reizüberflutung, Unsicherheit der Verhaltensnormen, unpersonliche Begegnung im Beruf beispielsweise werden als relevante Einzelfaktoren genannt. Das Wirkbewußtsein der Einzelpersonlichkeit verkümmere; die Langeweile dieses Vakuums ist kriminogen und als Tatmotiv ausreichend! — Der Fall eines kontaktarmen und sich zurückgesetzt fühlenden jugendlichen Brandstifters trägt zur Illustration des gemeinten Sachverhaltes bei. — Diese gewissermaßen „indirekte“ Kriminalität nennt der Autor „Randkriminalität“. Sie betrifft Halbstarke, Gammler, aufässige Gruppen, auch Studenten. Sie äußert sich vom Tatbestand her vorzüglich in Verkehrsdelikten, Alkoholdelikten (bei niedrigem Promillesatz) und Sittlichkeitsdelikten. In diesem Zusammenhang wird auch auf den Einfluß der Massenkommunikationsmittel verwiesen. Die Rückfallkriminalität ist anders zu beurteilen. Hier kommt es auf die persönliche Eigenart, den spezifischen „Defekt“ an, der die Entstehung kriminogener Konflikte begünstigt (der Autor will

hierfür die Bezeichnung „Psychopathie“ vermeiden). Die Frage der Verhaltenstherapie nach EYSENCK wird angesprochen und vorläufig unbeantwortet gelassen. Bei konfliktneurotischen Tätern soll eine umfassende Psychotherapie durchgeführt werden. Bei puberalen Konflikttätern könne manchmal der „Schuld- und Strafaspekt“ weitgehend vernachlässigt werden. Bezüglich der Randkriminalität wird Verständnis zwischen den beteiligten Sozialpartnern verlangt.

LUTHE (Homburg)^{oo}

Junkyo Kobayashi: Pathographie des geistlichen Brandstifters des Kinkaku, des Goldenen Pavillons, eine psychiatrische Untersuchung. [Schulhyg. Fak., Kyoiku-Univ., Osaka, Psychiat. Klin., Univ., Kyoto.] Bull. Osaka med. Sch. 14, 55—85 (1968).

Sehr ausführliche kasuistische Mitteilung über einen schizophrenen Brandstifter. Die Besonderheiten des Falles liegen darin, daß der Täter Priesterschüler war und als Objekt den Goldenen Pavillon des Rokunji-Tempels in Kyoto wählte. Einige Monate nach der Inhaftierung hervortretende paranoid-halluzinatorische Symptome klärten die Diagnose.

RASCH (Köln)

Keith Simpson: The case against Steven Truscott in Canada. (Der Fall Steven Truscott in Canada.) [Med.-Leg. Soc., London, 14. III. 1968.] Med.-leg. J. (Camb.) 36, 58—71 (1968).

Verf. wendet sich gegen Autoren, die in Kriminalfällen ohne ausreichende Qualifikation und Kenntnis aller Umstände eines Falles Kritik an den Ermittlungen, den Sachverständigen-Gutachten und Urteilen der Gerichte üben. Er setzt sich im besonderen mit einem Buch von ISOBEL LEBOURDAIS auseinander, die in einem tendenziösen, von Emotionen beherrschten und damit nicht urteilsfreien (Erfolgs-)Buch einen Justizirrtum im Fall Truscott behauptet habe. Es werden mehrere in dem Buch kritisierte Punkte diskutiert, die die Spurensicherung und -auswertung betreffen, vor allem auch die Todeszeitbestimmung aufgrund des Füllungszustandes von Magen und Darm. Er zitiert HUNT, der bei einer gemischten Mahlzeit von 550—750 ml nach 1 Std ein Restvolumen im Magen von etwa 300—400, nach 2 Std von 140—190 und nach 3 Std von 70—90 ml oder etwas weniger annehme.

SCHAIDT (Erlangen)

S. W. Engel: Das prognostische Quartett. Mschr. Krim. Strafrechtsref. 51, 160—172 (1968).

Allgemeine Erwägungen zur kriminologischen Prognose werden unter vier Leitgesichtspunkten zusammengefaßt: die körperliche Untersuchung, der psychische Befund, der soziale Befund, der Verlauf. Bei der Beurteilung der Persönlichkeit sei entscheidend, welche Rolle das Destruktive im Gesamt der Persönlichkeit spiele. An zweiter Stelle stehe das Gemüt, an dritter das Denken bzw. die Neigung zu Kurzschlüssigkeit. Im sozialen Befund werden drei Möglichkeiten gegeneinander abgewogen: soziale Unauffälligkeit und Delinquenz, soziale Auffälligkeit ohne Delinquenz, soziale Auffälligkeit und Delinquenz. Der Verlauf läßt einen gewissen Rhythmus erkennen, der in einem Kriminogramm graphisch zu veranschaulichen ist. Danach können eine ursprüngliche Kriminalität und eine erlebnisreaktive Delinquenz unterschieden werden. Bei der Gesamtbeurteilung treten je nach Fall die einzelnen Gesichtspunkte stärker hervor, ein Unsicherheitsmoment, das in der menschlichen Natur liegt, lasse sich nie ausschließen. — Erfahrungen, die mit diesem Ansatz gewonnen wurden, werden nicht mitgeteilt; die auf diesem Gebiet überreichlich vorhandene Literatur wird nicht erwähnt.

RASCH (Köln)

StGB §§ 42f, h (Berücksichtigung von Strafrechtsreformplänen bei Prüfung der Voraussetzungen für eine bedingte Entlassung). Zur Frage, ob das Gericht bei der Prüfung der Voraussetzungen für eine bedingte Entlassung aus der Sicherungsverwahrung nach §§ 42f, h StGB berücksichtigen darf, daß bei den Beratungen im Rahmen der Strafrechtsreform Vorschläge erörtert werden, die auf eine Einschränkung der Anordnung der Sicherungsverwaltung hinausgehen. [OLG Celle, Beschl. v. 4. 10. 1968 — 5 Ws 209/68.] Neue jur. Wschr. 22, 519—520 (1969).

Ein in Sicherungsverwahrung befindlicher Straftäter erbat seine bedingte Entlassung. Der Generalstaatsanwalt von Celle unterstützte das Begehren mit dem Hinweis, nach der heutigen geläuterten Rechtsmeinung seien die Straftaten, die der Verurteilte begangen habe, nicht so erheblich, daß die öffentliche Sicherheit seine Unterbringung erfordere. Die Taten könnten die

Aufrechterhaltung der Sicherungsverwahrung nicht rechtfertigen. Der Strafrechts-Regierungsentwurf 1962, der Alternativentwurf und die weiteren Erörterungen im Strafrechtsausschuß des Bundestages würden die Anwendung der Sicherungsverwahrung weitgehend beschränken; diese Grundgedanken müßten, da sie zweifellos in Kürze Gesetz werden würden, schon jetzt berücksichtigt werden. Das Gericht hat diese Ansicht nicht zu teilen vermocht. Der Richter würde seine Befugnisse überschreiten, wenn er bereits im Vorgriff die möglicherweise kommende Regelung anwenden würde, es sei denn, die derzeitige gesetzliche Regelung wäre verfassungswidrig, was aber nicht der Fall ist. Bis zum Inkrafttreten einer anderen gesetzlichen Regelung sind die Gerichte an das derzeit bestehende Recht gebunden. Unter Berücksichtigung des geltenden Rechts kam eine Aufhebung der Sicherungsverwahrung im anhängigen Falle nicht in Betracht.

HÄNDEL (Waldshut)

Kunstfehler, Ärzterecht, medizinisch wichtige Gesetzgebung und Rechtsprechung

Zur Haftung für Arzneimittelschäden. Dtsch. med. Wschr. 93, 2352 (1968).

In dem Urteil des Bundesgerichtshofes wird, wie schon früher, festgestellt, daß nach dem strikten Hinweis der Herstellerfirma eine intraarterielle Fehlinjektion mit Sicherheit zu vermeiden, der Arzt dies hätte berücksichtigen müssen.

LIEBHARDT (Freiburg i. Br.)

T. L. Fisher: Foreign bodies. (Fremdkörper.) Canad. med. Ass. J. 99, 1088—1089 (1968).

Wenn nach chirurgischen Eingriffen vermutet werde, daß Tupfer oder Instrumente im Körper zurückgelassen wurden, sei dies beim ärztlichen Personal ein Grund zu größter Besorgnis. Anders verhalte man sich jedoch nach Verlust eines Drains oder ähnlicher Gegenstände, wobei oft angenommen werde, daß der Fremdkörper gelegentlich eines Verbandwechsels unbemerkt entfernt und vernichtet worden sei. Sogar auftretende Komplikationen wie unerwartete Schmerzhaftigkeit und anhaltende Wundsekretion würden oft nicht als Anzeichen für Fremdkörperretention gewertet. So sei in einem Fall nach Mastectomie bei einer vorgenommenen Kürzung der Drains keine Fixierung erfolgt. Als die Drains am folgenden Tag nicht mehr sichtbar waren, sei man wohl davon ausgegangen, daß sie versehentlich entfernt worden seien, ohne sich jedoch hiervon zu überzeugen. Die während der nächsten drei Monate auftretenden Beschwerden der Patientin wurden entgegen ihrer eigenen Meinung einer intensiven Röntgenbestrahlung mit hierbei eingetretener Hautreaktion zugeschrieben. Schließlich habe die Patientin wegen der starken Schmerzen die Drainagewunde abgetastet und ein etwa 21 cm langes Schlauchstück herausgezogen. Bei der anschließenden Untersuchung durch den Arzt sei ein weiteres, etwa 40 cm langes Stück gefunden worden. Hierauf hätten die Beschwerden sofort wesentlich nachgelassen.

G. SCHAIDT

R. Preibisch-Effenberger: Falsche Operationstechnik in Notsituationen bei Tracheotomien im Säuglings- und Kleinkindesalter als Ursache laryngotrachealer Stenosen. [Klin. f. HNO-Krankh., Med. Akad., Dresden.] Dtsch. Gesundh.-Wes. 24, 175—180 (1969).

Ferdinand Hoff: Der Arzt und die Wahrheit. [17. Dtsch. Kongr. f. Ärztl. Fortbild., Berlin, 14. V. 1968.] Dtsch. med. J. 20, 43—49 (1969).

Vortrag in schöner Sprache unter Mitverwendung philosophischer Literatur. Verf. gibt den jungen Ärzten treffende Hinweise darüber, wie man einen Kranken aufklären soll; bei einem akuten Herzinfarkt soll man einen an sich ängstlichen Kranken beruhigen und auf die gute Prognose hinweisen, einem Kranken jedoch, der arbeitswütig ist und keine Zeit hat, krank zu sein, muß man sehr energisch sagen, daß eine Nichtinnehaltung der ärztlichen Vorschriften sehr schlimme Folgen haben kann. Es folgen Beispiele, wie man unheilbar Kranke, die davon Kenntnis haben, daß sie einmal an dieser Erkrankung zugrunde gehen, zusprechen und eine gewisse Freude am Leben erhalten kann.

B. MUELLER (Heidelberg)

Eberhard Hirschberg: Zur Frage der Aufklärungspflicht. Überlegungen aus nervenärztlicher Sicht. Nervenarzt 40, 25—28 (1969).

Die Judikatur der letzten Jahre zwingt den Arzt, sich zunehmend mit Rechtsfragen zu beschäftigen. Verf. gibt eine zusammenfassende Übersicht über höchstrichterliche Urteile zur